

VERFASSUNGSSCHUTZ

JAHRE

BERE

BERI

CHT.

1996

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin  
Tel./Fax: 030 7611 62 49  
Blz: 100 500 00 / Xto-Nr.: 0670017787



# Liebe Leserinnen und Leser,

■ zum Überblick über das vergangene Jahr erscheint nun bereits zum fünften Mal seit 1992, und damit schon traditionell, der Verfassungsschutzbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

■ Das Berichtsjahr 1996 zeigt für unser Land im politischen Extremismus durchaus positive Tendenzen. Mit insgesamt 61 Vorfällen verzeichnete der Verfassungsschutz im letzten Jahr sogar die niedrigste Anzahl rechtsextremistischer **Gewalttaten** seit 1992. Im Linksextremismus bietet sich das gleiche Bild, auch dort ist mit 6 Gewalttaten die niedrigste Zahl an derart motivierten Taten seit 1992 erfaßt worden. Auch die Anzahl linksextremistischer **Straftaten** ist insgesamt nahezu halbiert worden.

■ Leider gilt diese erfreuliche Bewertung nicht für die Gesamtzahl aller **rechtsextremistischen Straftaten** im Jahr 1996. Mit 776 Delikten ist gegenüber 1995 (644 Taten) eine deutliche Steigerung gegeben. Diese absoluten Zahlen, sowohl die der Straftaten, als auch – immer noch – die der Gewalttaten, sind nach wie vor besorgniserregend. Ich stehe zu der eindeutigen Aussage, daß jede einzelne dieser Taten bereits eine zu viel ist.

■ Aufgabe des Verfassungsschutzes in diesem Bereich ist es einerseits, möglichst frühzeitig Informationen über Ziele und Aktionen politischer Extremisten zu erhalten, um insbesondere Gewaltaktionen mit Hilfe der Polizei verhindern zu können.



■ Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, allen Mitbürgern wesentliche Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen in unserem Land zu geben.

Beides, die Abwehr von gewaltorientierten Verfassungsfeinden **und** die geistig politische Auseinandersetzung sind gleichbedeutende Schutzmaßnahmen unseres demokratischen Gemeinwesens.

■ Gerade in jüngster Zeit haben die tödlichen Schüsse eines rechtsextremistisch motivierten Täters auf Polizeibeamte gezeigt, welche menschenverachtende Brutalität die abstrusen Ideologismen dieser Kreise haben können. Dem gilt es nach wie vor mit allen staatlichen Mitteln entgegenzuwirken. Der Verfassungsschutz als geheimer Nachrichtendienst kann bereits frühzeitig im Vorfeld von Straftaten aktiv werden, um Politiker und Bevölkerung in die Lage zu versetzen, Verfassungsfeinden von rechts wie von links zu begegnen.

■ Ebenso sichtbar ist der Linksextremismus. Die schlimmen Vorfälle im Zusammenhang mit den Transporten der Castor-Behälter von und nach Gorleben sollen nicht unerwähnt bleiben. Bürgerproteste als Form der außerparlamentarischen Opposition sind geschützt, sogar durch die Verfassung selbst. Den Charakter einer „friedli-

chen Versammlung“ vermag ich allerdings dann nicht mehr zu erkennen, wenn in einer linksextremistisch motivierten Kampagne offen zu Straftaten aufgerufen wird und diese später zu erheblichen Personen- und Sachschäden führen.

Keinesfalls gilt diese Kritik dem – auch massiv – vorgetragenen Protest der friedlichen Bürgerbewegungen vor Ort. Aber, glauben Sie mir, den reisenden Schlägertrupps, die immer zu finden sind, wenn es um Zerstörung und Randalie geht, diesen Schlägertrupps geht es nicht um die Probleme der Energieversorgung Deutschlands im nächsten Jahrhundert. Ihnen geht es auch nicht – und wenn ja, nur vordergründig – um die Frage, ob gesundheitliche Restrisiken durch die Lagerung oder den Transport der Brennstäbe zu befürchten sind. Ihnen geht es ganz allein und wortwörtlich um den Kampf gegen das gesamte staatliche System. Diesen Chaoten kann und wird sich der wehrhafte demokratische Rechtsstaat nicht beugen.

■ Der vorliegende Bericht faßt die Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes zusammen.

Dabei beschränkt er sich im wesentlichen, wie bereits im Vorjahr, bewußt auf Aussagen zum politischen Extremismus im Lande Mecklenburg-Vorpommern. Er ist Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung und analysiert und bewertet zu diesem Zweck Zusammenhänge zu Ihrer Information.

Rudi Geil  
Der Innenminister des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern



## 1.1 Lageüberblick

■ Im Jahre 1996 war erstmals seit 1992 ein deutlicher Rückgang rechtsextremistisch motivierter *Gewalttaten* zu verzeichnen. Jedoch ist die Gesamtzahl entsprechender *Straftaten* im Vergleich zu 1995 wiederum angestiegen.<sup>1</sup> Grund zur Entwarnung besteht deshalb nicht.

Hierzu ist anzumerken, daß viele dieser strafbaren Handlungen, insbesondere die sogenannten Propagandadelikte<sup>2</sup>, von ihrem politisch-extremistischen Gehalt her nicht bestimmt werden können. Vielfach dürfte allenfalls eine gezielte Provokation der Gesellschaft dahinterstecken und weniger der Wunsch nach einer anderen Staatsordnung. Nicht zuletzt kommt es auch immer wieder alkoholbedingt zu derartigen Straftaten.

Die Zahl der im Spektrum des militanten Rechtsextremismus aktiven Personen betrug 1996 ca. 600; das sind 100 mehr als im Vorjahr.

Daneben ist eine starke Zunahme einschlägiger Musikveranstaltungen rechtsextremistischen Inhalts im Land zu verzeichnen.

Unter dem Stichwort „Hammer-skins“<sup>3</sup> konnten darüber hinaus eine stärkere Organisierung und zugleich Politisierung der Szene beobachtet werden. Indiz hierfür ist u.a. der offenbar zunehmende Versandhandel von Tonträgern mit rechtsextremistischer Skin-Musik, entsprechenden Kleidungsstücken und Symbolen sowie von Literatur, die Bezüge zum nationalsozialistischen Regime aufweist. Auffällig ist hierbei die Betonung des Soldatischen und die Verherrlichung der Waffen-SS.

Im Ergebnis besteht für die Zukunft die Gefahr einer weiteren Verfestigung rechtsextremistischer Ideologie in diesem meist noch sehr jungen Personenkreis.

Dafür sprechen auch Ansätze, gemeinsam mit Neonationalsozialisten (Neonazis) sogenannte „Kameradschaften“ zu bilden.

■ Diesem Trend folgend, hatte die *Neonazi-Szene* des Landes einen gewissen Zulauf zu verzeichnen. So konnte die Neubildung bzw. Verfestigung einzelner „Kameradschaften“ beobachtet werden.

Lediglich den im Raum Neubrandenburg ansässigen Nationalrevolutionären ist es aufgrund der Schwäche einzelner Führungspersonen nicht gelungen, den geplanten Aufbau neuer Gruppen voranzutreiben.

■ Die *rechtsextremistischen Parteien* verloren im Berichtszeitraum erneut Mitglieder. Allerdings zeichnet sich zumindest bei der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) gegenwärtig ein deutlicher Trendwechsel ab.

Insgesamt gesehen verfügen alle rechtsextremistischen Parteien im Land nach wie vor nur über schwache Organisationsstrukturen, deren Funktionieren meist von aktiven Einzelpersonen abhängig ist. Ein kontinuierliches Parteileben findet meist nicht statt. Dies spiegelt sich auch in den öffentlich kaum wahrnehmbaren Aktivitäten wider.

■ 1996 lag die Gesamtzahl der in Mecklenburg-Vorpommern in rechtsextremistischen Personenzusammenhängen aktiven Personen wie im Vorjahr bei ca. 1.000 (Bund: 45.300/1995: 46.100).

<sup>1</sup> Als „Gewalttaten“ werden alle Straftaten bezeichnet, welche sich gegen Leib und Leben von Personen richten bzw. hohen materiellen oder ideellen Schaden zur Folge haben. Im Gegensatz zu den Polizeibehörden, die in ihren Lagerberichten alle rechtsextremistischen Straftaten erfassen, veröffentlicht die Verfassungsschutzbehörde in der Regel nur Gewalttaten-Zahlen. Diese prägen entscheidend das Bild rechtsextremistischer Aktionen in der Öffentlichkeit und erlauben Lagebeurteilungen. Sie sind nicht in dem Maße vom Meldeverhalten der örtlichen Polizeibehörden abhängig wie die große Zahl der Propagandadelikte, welche die Mehrzahl der Straftaten ausmachen und aufgrund meist unbekannter Täter schwer zu bewerten sind.

<sup>2</sup> Die sogenannten Propagandadelikte umfassen Straftatbestände der §§ 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und § 86a (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Schutzgüter dieser Strafnormen sind die freiheitliche demokratische Grundordnung und der Gedanke der Völkerverständigung.

<sup>3</sup> vgl. 1.2., S. (4)

## 1.2 Militante Rechtsextremisten – insbesondere Skinheads

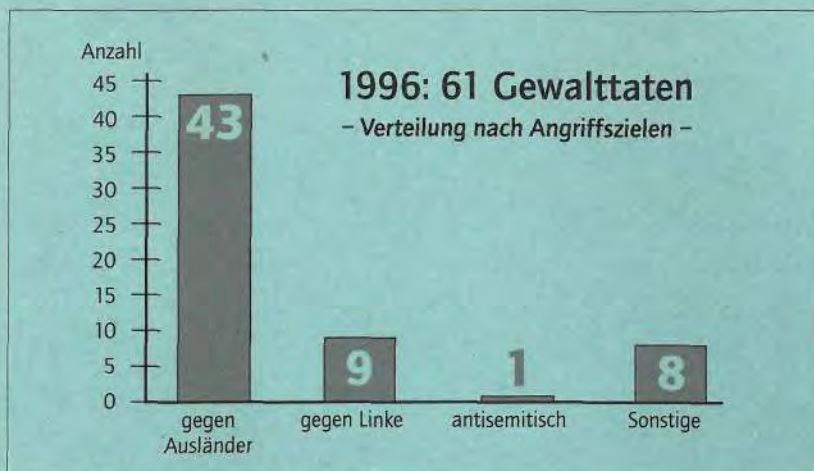
■ Nach Angaben des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern wurden im gesamten Jahr 1996 **769 Straftaten** registriert, bei denen eine rechtsextremistische Motivation vorlag oder nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Verfassungsschutzbehörde wertete davon 61 Vorfälle als *Gewalttaten*, 43 davon (70%) mit mutmaßlich fremdenfeindlicher Motivation (Bund gesamt: 781/1995: 837). Im Vergleichszeitraum des Vorjahres (1995) wurden 98 Gewalttaten, davon 59 fremdenfeindliche (32%) registriert. Opfer der Aggressionen dieser Szene wurden aber auch Personen, die nicht in das typische Feindbild eines militanten Rechtsextremisten paßten. Ein Beispiel hierfür ist der Überfall auf jugendliche Camper in Leisten im Juli 1996.

Gleichwohl wurde 1996 die niedrigste Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern seit 1992 registriert.



## 1. RECHTSEXTREMISMUS



■ Schwerpunkte rechtsextremistischer Gewalt waren 1996 die Stadt Rostock mit 8 Gewalttaten, die Landkreise Mecklenburg-Strelitz mit ebenfalls 8, Ostvorpommern 7 und Rügen 6.

■ Die Zahl der *gewaltbereiten Rechtsextremisten/Skinheads* wird auf einen „harten Kern“ von ca. 600 Personen geschätzt. Damit ist die Zahl seit 1995 um ca. 100 gestiegen (Bund: ca. 6.400/1995: 6.200). Begründen läßt sich der Anstieg mit einer Zunahme der Aktivitäten, z.B. Skinkonzerte oder sonstige größere Treffen.

Dabei gruppieren sich die Szeneangehörigen in aller Regel an ihrem Wohnort um eine oder mehrere Führungspersonen.

Die rechtsextremistische Skinheadszenen hat 1996 im Vergleich zu den Vorjahren an Mobilisierungsfähigkeit und Struktur gewonnen. In verschiedenen Teilen des Landes sind Bestrebungen erkennbar, sogenannte „Kameradschaften“ aufzubauen, um den Zusammenhalt innerhalb der Gruppen zu stärken. Nach den zahlreichen Vereinsverboten – insbesondere in den Jahren 1992 und 1993 – war innerhalb der rechtsextremisti-

schen Szene zunächst ein gegenteiliger Trend (lose Personenzusammenschlüsse) erkennbar, um möglichen Verbotsmaßnahmen von staatlicher Seite zu entgehen.

In Mecklenburg-Vorpommern konnte dabei – wie auch in mehreren anderen Bundesländern – die Bildung von sogenannten „Hammerskin“-Gruppen beobachtet werden. Diese internationale Gruppierung von rechtsextremistischen Skinheads sieht sich als eine Art Elite der Skinhead-Bewegung. Sie bezieht sich dabei bewußt auf das bekannte Skinhead-Outfit (Glatze, Bomberjacke, aufgekrempelte Jeans und Springerstiefel) und grenzt sich damit von einfachen „Mitläufern“ der Szene ab. Ihren Ursprung hat die „Hammerskin-Szene“ in den USA. Das Hammer-Symbol soll offenbar für den Ursprung der Skinheadszenen aus dem Industriearbeitermilieu stehen. Ihr Weltbild ist vielfach am Nationalsozialismus ausgerichtet. Ziel dieser Bewegung ist es, alle „weißen“ Skinheads zu vereinigen.

■ Insgesamt gesehen wird die Szene der gewaltbereiten Rechtsextremisten – auch im Hinblick auf zunehmende Ideologisierung –

weiterhin ein ernstzunehmendes Problem für die innere Sicherheit des Landes bleiben.

### 1.2.1 Skin-Musik

■ Das Medium „Musik“ spielt in der Skinheadszenen eine mobilisierende und gemeinschaftstiftende Rolle und ist zugleich bedeutsamer Träger rechtsextremistischer Ideologie. Daher dienen die Skinkonzerte der Verbreitung neonazistischen Gedankenguts.

1996 wurden hierzulande rechtsextremistische Musikveranstaltungen zu einer festen, regelmäßigen Einrichtung. So wurden insgesamt 21 derartige Veranstaltungen (darunter 9 Skin-Konzerte/bundesweit: 68) registriert. Allein 10 Veranstaltungen fanden im vorpommerschen Klein Bünzow statt. Die Teilnehmerzahlen lagen durchschnittlich bei 300 Personen, in Einzelfällen waren 600 - 700 Besucher anwesend, die zum Teil aus dem gesamten Bundesgebiet, Dänemark und Schweden angereist waren.

Organisiert wurden die Konzerte vereinzelt von Personen der Skinheadszenen in Mecklenburg-Vorpommern, hauptsächlich jedoch von der Berliner Skinheadorganisation „Blood & Honour“. Während der Veranstaltungen wurden rechtsextremistische Bücher, Aufkleber und CDs verkauft. Die auftretenden Bands wie „Kraftschlag“ (Elms-horn), „No Remorse“ (England) u.ä. „begeisterten“ das Publikum mit z.T. volksverhetzenden Texten. Darüber hinaus wurde die Stimmung des überwiegend sehr jungen Publikums durch reichlichen Alkoholkonsum angeheizt.



### 1.3 Neonationalsozialisten (Neonazis)/National- revolutionäre

■ Der neonazistischen/nationalrevolutionären Szene in Mecklenburg-Vorpommern gehören ca. 130 - 140 Personen (mit steigender Tendenz) an. 1995 waren ca. 120 Personen diesem Spektrum zuzurechnen (Bund: 2.690/1995: 2.480).

Als relevante aktive Gruppierungen im Bereich Mecklenburg-Vorpommern gelten weiterhin das „Norddeutsches Netzwerk“ sowie nationalrevolutionäre Kreise im Großraum Neubrandenburg. Daneben gibt es eine Reihe lokaler Gruppen bzw. „Kameradschaften“ (z.B. „National-Germanische Bruderschaft“, Ueckermünde), die aber offenbar untereinander kaum vernetzt sind.

■ Das „Norddeutsches Netzwerk“ ist ein loser Zusammenschluß norddeutscher Neonazis und Nationalrevolutionäre, dem ca. 50 Personen zugerechnet werden können. In Mecklenburg-Vorpommern gehören zu dieser Gruppierung die „Kameradschaft Neuteutonia Neustrelitz“ (KNT) sowie eine kleinere Gruppe um einen Stavenhagener Neonazi. Die Einzelgruppen dieses Zusammenschlusses bedienen sich dabei des THULE-Computernetzwerks zur Kommunikation. Insbesondere die KNT zeichnet sich durch überdurchschnittliche Disziplin und Aktionsbereitschaft aus. Unter der Tarnbezeichnung „Wanderfreunde Neustrelitz e.V.“ bemüht sich die Gruppe, insbesondere Jugendliche um sich zu scharen. Dem harten Kern der KNT dürften ca. 10 Personen zugerechnet werden.

■ Eine Gruppe von Nationalrevolutionären im Raum Neubrandenburg ist organisatorisch in einen größeren Personenkreis aus dem Großraum Berlin integriert, welcher offenbar in personeller Kontinuität zu der verbotenen neonazistischen Organisation „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ (JF) steht. Über sie wurde 1996 auch ein schwunghafter Handel mit rechtsextremistischer Skin-Musik abgewickelt, der für die Führungsebene im Raum Berlin offenbar sehr gewinnbringend zu sein scheint.

Am 16. März 1996 fanden bei Rechtsextremisten in mehreren Bundesländern, darunter bei sieben Personen aus Mecklenburg-Vorpommern Durchsuchungen statt. Dabei konnten rechtsextremistisches Propagandamaterial und Tonträger mit Skin-Musik mit einem erheblichen Schwarzmarktwert beschlagnahmt werden. Bei dieser Aktion wurden die engen personellen Verflechtungen zwischen der neonazistischen Szene und Skinhead-Gruppen in den Regionen Uecker-Randow und Neubrandenburg deutlich. Hierbei fungieren Neonazis als Drahtzieher und Nutznießer des Geschäfts, Skinheads sind die Abnehmer, die offenbar auch weit übersteuerte Preise zu zahlen bereit sind: Der Verkaufswert der seinerzeit 1996 beschlagnahmten ca. 2.000 CDs dürfte bei bis zu 40.000 DM liegen – bei einem Einkaufswert von möglicherweise unter 10.000 DM eine beachtliche Gewinnspanne.

■ Auch 1996 wurde zu den alljährlich im August stattfindenden „Gedenkveranstaltungen“ zu Ehren des HITLER-Stellvertreters Rudolf Heß mobilisiert. Anders als in den

letzten Jahren sollten dazu allerdings nicht nur an einem Wochenende, sondern im gesamten August Aktionen stattfinden, um die Sicherheitsbehörden zu verzetteln. Szeneintern wurde verbreitet, daß sich die Aktivisten jedes Wochenende im August für zentral koordinierte Aktionen bereithalten sollten. Die Kommunikation lief dazu wie im Vorjahr über Mobiltelefone.

Für das erste Augustwochenende meldeten die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN, Jugendorganisation der NPD) bundesweit ca. 90 Demonstrationen an. In Bad Harzburg führten 70 Personen eine Spontandemonstration durch. Alle angemeldeten Demonstrationen, darunter auch neun in Mecklenburg-Vorpommern, wurden ausnahmslos verboten.

Ihren Höhepunkt erreichten diese Aktionswochen am 17. August 1996. Trotz umfangreicher Gegenmaßnahmen der Sicherheitsbehörden gelang es der Szene, kurzfristig Aufmärsche in Worms und Merseburg durchzuführen. Eine weitere Veranstaltung fand im schwedischen Trollhättan statt. An diesen Aktionen beteiligten sich insgesamt ca. 400 - 500 deutsche Rechtsextremisten, obwohl bereits vor den jeweiligen Aktionen mehrere hundert anreisende Personen von der Polizei in Gewahrsam genommen worden waren.

Die bundesweit beachtete Demonstration in Worms wurde vom sogenannten „Rudolf-Heß-Aktionskomitee“ organisiert, das sich aus führenden Neonazis zusammensetzt. Der Demonstrationsort wurde erst kurz vor Beginn szeneeintern über Mobiltelefone bekanntgemacht. So gelang es den Veranstal-



tern, kurzfristig ca. 250 Aktivisten zusammenzuziehen und vor Eintreffen stärkerer Polizeikräfte zu demonstrieren. Szeneintern bejubelte man die Demonstrationen angesichts des starken Polizeiaufgebots als „Sieg“ und „Erfolg“.

Rechtsextremisten aus *Mecklenburg-Vorpommern* führten in den Aktionswochen kleinere eigene Aktionen durch, die in der Öffentlichkeit jedoch keine Beachtung fanden. Bei der Demonstration in Worms wurden im Vorfeld auch ca. 20 Personen aus dem Bereich Uecker-Randow in Gewahrsam genommen. An der Demonstration in Trollhättan beteiligten sich ca. 20 Angehörige der Rostocker Neonaziszene. An weiteren kleineren Aktionen im Land – u.a. im Rostocker Ostseestadion anlässlich eines Fußballspiels – nahmen ca. 70 Rechtsextremisten teil. Außerdem kam es im Land zu vereinzelt Klebe- und Verteilaktionen kampagnenbezogener Materialien.

Auch am Volkstrauertag wurden vereinzelt Aktionen der hiesigen Neonazi-Szene durchgeführt.

## 1.4

### Rechtsextremistische Parteien

■ Auch 1996 befand sich das rechtsextremistische Parteienspektrum in Mecklenburg-Vorpommern in einem desolaten Zustand. Ein bedeutsamer Aufschwung zeichnet sich weiterhin nicht ab – auch sind keine nennenswerten Bündnisbestrebungen zu verzeichnen. Von einer Akzeptanz dieser Parteien in der Bevölkerung des Landes kann daher nach wie vor nicht die Rede sein.

■ Die Parteien und Mitgliederzahlen im einzelnen:

#### Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

ca. 50<sup>4</sup> (Bund: 3.500/1995: 4.000)

#### Junge Nationaldemokraten (JN)

Einzelmitgliedschaften  
(Bund: 190/1995: 150)

#### Deutsche Volksunion (DVU)

ca. 50 (Bund: 15.000/1995: 15.000)

#### Die Republikaner (REP)

ca. 150 (Bund: 15.000/1995: 16.000)

#### Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

ca. 10 (Bund: 800/1995: 900)

<sup>4</sup>Hier zeichnet sich gegenwärtig ein deutlicher Zulauf ab.

#### „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

■ Dem NPD-Landesvorstand in Mecklenburg-Vorpommern ist es als einzigem unter den rechtsextremistischen Parteivorständen in Ansätzen gelungen, funktionierende Parteistrukturen aufzubauen. Dies ist im wesentlichen auf die Bemühungen des hiesigen Landesvorsitzenden zurückzuführen. Im Westteil des Landes existieren mehrere arbeitsfähige Kreisverbände, im Ostteil sind entsprechende Verbände im Aufbau.

Die NPD gibt darüber hinaus regelmäßig eine eigene Mitgliederzeitschrift („Der Kamerad“) heraus. Sie greift NPD-typische Themen auf. So wird gegen Asylbewerber agitiert und der Zusammenbruch

der Gesellschaft prophezeit. Einzig die NPD könne für Deutschland einen Weg in die Zukunft weisen.

#### „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

■ Obwohl von der ideologischen Ausrichtung her in Mecklenburg-Vorpommern ein für die JN mobilisierbares Spektrum erkennbar ist, spielte die Jugendorganisation der NPD im Land keine Rolle. Erkannt wurden lediglich Einzelmitgliedschaften oder Einzelkontakte.

Allgemein hat sich die JN nach den zahlreichen Verboten neonazistischer Organisationen in den vergangenen Jahren bundesweit zu einem Sammelbecken für Neonazis entwickelt. Ihre Programmatik bewegt sich im nationalrevolutionären Spektrum und hat insoweit auch eine gewisse Anziehungskraft auf die einschlägige Szene. Bemerkenswert ist, daß die NPD-Bundesführung, die Konflikte mit dem Staat zumindest nach außen hin zu vermeiden sucht, diese Entwicklung billigt.

#### „Deutsche Volksunion“ (DVU)

■ Auch im Jahr 1996 ist der DVU die beabsichtigte Bildung neuer Kreisverbände in Mecklenburg-Vorpommern nicht gelungen. Die Strukturen beschränken sich auf wenige Ortsverbände im Bereich Rostock und Wismar, von denen jedoch keine erkennbaren Aktivitäten ausgehen. Auf Landesebene ist die DVU ohne jede politische Bedeutung.

Auf Bundesebene stagniert die Mitgliederzahl der von dem Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY zentral geleiteten Partei.



## „Die Republikaner“ (REP)

■ Der Landesverband MV der Partei „Die Republikaner“ (REP) entwickelt nach hier vorliegenden Erkenntnissen keine nennenswerten Aktivitäten, abgesehen von sporadischen Landesvorstandssitzungen und einigen wenigen aktiven Ortsverbänden.

Einem Flugblatt des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Partei „Die Republikaner“ (REP) war zu entnehmen, daß – auf Initiative der Jugendorganisation „Republikanische Jugend“ (RJ) – der „1. offizielle Michael Schumacher-Fanclub“ gegründet worden sei. Mitglied könne werden, wer der RJ selbst oder dem „Freundeskreis der Republikanischen Jugend“ (FKRJ) angehöre.

Neben preisgünstigen Fahrten zu den „Rennstrecken Europas“, regelmäßigen Clubtreffen mit „Benzingeflüster“ und verbilligtem Erwerb von entsprechender Fanbekleidung wurden „aber auch politische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit“ betrieben. Als Kontaktadresse ist das REP-Postfach in Neubrandenburg angegeben, Unterzeichner ist der REP-Landesvorsitzende Bernd BERNHARD.

Der „1. offizielle Michael Schumacher-Fanclub“ in Mecklenburg-Vorpommern ist offensichtlich zur Rekrutierung jüngerer Mitglieder für die REP gedacht. Dabei nutzt man den Namen des bekannten Rennfahrers Michael SCHUMACHER, der für viele Jugendliche Vorbild und Integrationsfigur ist, als „Zugpferd“. Tatsächlich soll eine politische Beeinflussung im Sinne der REP betrieben werden. Ob dieser Fan-Club bereits Aktivitäten entfaltet hat, ist nicht bekannt.

## „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)

■ Aktivitäten der DLVH konnten auf Landesebene nicht festgestellt werden.

Auf Bundesebene führte die DLVH im Oktober 1996 ihren letzten Bundesparteitag durch. Dort wurde beschlossen, den Parteistatus aufzugeben, um als unabhängige Vereinigung dem rechtsextremistischen Bündnisprozeß neue Impulse geben zu können.

## 1.5 Rechtsextremistische Medien

### Verlage und Vertriebsdienste:

■ Rechtsextremistische *Verlage und Vertriebsdienste* versandten auch 1996 ihre Publikationen nach Mecklenburg-Vorpommern, um in der hiesigen Szene, aber auch darüber hinaus Fuß zu fassen. Das Angebot dieser Institutionen umfaßt rechtsextremistische Schriften, in denen die Kriegsschuld Deutschlands gelehrt wird und die veränderten politischen Verhältnisse nach 1945 abgelehnt werden. Demokratische Parteien und Politiker der Bundesrepublik Deutschland werden diffamiert.

Die Publikationen sind meist ausländerfeindlich und antisemitisch ausgerichtet. Beispielhaft sei hier die in Hessisch-Lichtenau (Hessen) ansässige rechtsextremistische Kleingruppe „Aktion Freies Deutschland“ (AFD) genannt, die hier einschlägige Propagandamaterialien zur Verteilung bringt. Von

Bedeutung ist auch der „Donner-Versand“ (Lüdenscheid/Nordrhein-Westfalen), in dessen Katalogen Skin-Musik, Kleidungsstücke und Schmuck mit typisch rechtsextremistischer Symbolik sowie militärische Ausrüstungsgegenstände (z.B. Stahlhelme, Kampfmesser, Gasmasken) angeboten werden.

### Mailboxen:

■ Ein bedeutsames Kommunikationsmittel innerhalb der rechtsextremistischen Szene stellt nach wie vor die Nutzung von Mailboxnetzen (miteinander vernetzte EDV-Anlagen) dar. Der einzelne Nutzer („User“) benötigt zur Teilnahme an dieser Art der Kommunikation lediglich einen Computer, ein Modem sowie Datenfernübertragungssoftware. Von wesentlicher Bedeutung ist derzeit das rechtsextremistische „Thule-Netzwerk“, an dem sich aktuell 15 Mailboxen mit schätzungsweise 200 Nutzern beteiligen.

Ziel dieses Netzwerkes sind der zügige gegenseitige Informationsaustausch und die Diskussion über aktuelle Themen. Allerdings wird eine effektive Nutzung dieses Verbundes durch interne Streitigkeiten und allgemeine Inaktivität der Nutzer stark beeinträchtigt.

In Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sich die Mailbox „Störtebeker.BBS“ am Thule-Netzwerk. Betreiber dieser Mailbox ist ein bekannter Rechtsextremist aus Reuterstadt Stavenhagen, der dem Umfeld der rechtsextremistischen „Norddeutschen Bewegung“ (NDB - vgl. entsprechenden Beitrag) zugerechnet werden kann.



### 2.1 Lageüberblick

■ Beobachtungsschwerpunkt der Behörden für Verfassungsschutz im Bereich des Linksextremismus waren Bestrebungen des gewaltbereiten Potentials. Zu diesem Personenkreis werden linksterroristische Gruppierungen sowie militante Autonome gezählt. Im Jahr 1996 sind keine terroristischen Bestrebungen im Lande registriert worden. Auch bundesweit kann derzeit von einer weiteren Abnahme der Bedrohung durch terroristische Aktivitäten ausgegangen werden.

Die Anzahl der Personen, die der autonomen Szene zugerechnet werden, ist gegenüber dem Vorjahr in etwa gleichgeblieben. Diese Szenen im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern sind insbesondere im Vergleich z.B. zu Hamburg oder Berlin zahlenmäßig nach wie vor eher gering einzuschätzen.

■ Ein weiteres Aufgabenfeld der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern waren die „Revolutionären Marxisten“. Diese Organisationen bzw. Personenzusammenschlüsse haben den Willen zur Überwindung der herrschenden Gesellschaftsform unter revolutionären Klassenkampfbedingungen. Wenngleich verschiedene Gruppierungen diverse Aktivitäten entfalteten, verpufften diese doch ohne Wirkung.

### 2.2 Linksterrorismus

■ Auf **Bundesebene** verübte die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) 1996 keine Anschläge. Erstmals seit mehr als 2 Jahren wandte sich die RAF in der Zeit zwischen dem 29.11. und 9.12.1996 mit insgesamt drei Erklärungen an die Öffentlichkeit. In diesen Papieren erklärten die Autoren ausdrücklich den Fortbestand der RAF und widersprachen damit den Forderungen der Inhaftierten Helmut POHL und Birgit HOGEFELD. In der letzten veröffentlichten Erklärung vom 9.12.1996 bekunden die Autoren jedoch auch, daß das frühere RAF-Konzept (Anm.: d.h. Durchführung personenbezogener Anschläge) als gescheitert und überholt betrachtet wird und es keine „modifizierte Neuauflage des alten“ geben könne.

Unklarheit besteht noch darüber, was mit der Aussage, „es zukünftig wieder allein und als RAF machen“ zu wollen, gemeint ist. Es bleibt fraglich, ob damit zunächst die Erarbeitung eines neuen Handlungskonzeptes gemeint sein könnte oder aber bereits konkrete Aktionen/Anschläge (gegen Sachen) angedeutet werden. Anhaltspunkte für militante Aktionen dieser Gruppierung liegen derzeit aber nicht vor.

Mit der Festnahme von zwei mutmaßlichen Mitgliedern der „Antiimperialistischen Zelle“ (AIZ) am 25.2.1996 in Witzhave bei Hamburg dürfte der wesentliche Teil dieser Gruppierung gefaßt worden sein. Anschläge der AIZ hat es seitdem nicht mehr gegeben. Die AIZ war im linksextremistischen Lager heftig kritisiert und

im Vorjahr noch für vier überwiegend personenbezogene Anschläge verantwortlich gemacht worden.

■ In **Mecklenburg-Vorpommern** verlief die von der linksextremistischen Hafthilfeorganisation „Rote Hilfe“ am 29. Juni 1996 in Bad Kleinen durchgeführte Kundgebung aus Anlaß der Ereignisse um den Zugriff auf die mutmaßlichen RAF-Terroristen Grams und Hogefeld vor drei Jahren mit 120 Teilnehmern insgesamt friedlich. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen damit zwar erheblich mehr Personen an dieser Veranstaltung teil, szeneeintern zeigte man sich aber enttäuscht über die immer noch relativ geringe Beteiligung, die als „Ausdruck der defensiven Situation der radikalen Linken“<sup>5</sup> gesehen wurde.

<sup>5</sup>„Antifaschistische Nachrichten Saar“, Ausgabe Nr. 29

### 2.3 Militante Autonome/ Die Lage in Mecklenburg- Vorpommern

■ Mit „Autonomen“ beschäftigen sich die Verfassungsschutzbehörden im Bundesgebiet seit ca. 15 Jahren. Sie geben sich als undogmatische Basisbewegung und grenzen sich gegenüber Ideologien des Marxismus, Sozialismus und Kommunismus bewußt ab. Ihr Ziel, **nachdem** „das System“ zerschlagen ist, findet sich in einer herrschaftsfreien Gesellschaft, in der die Parole „keine Macht für niemand“ gilt. Gewalt ist Bestandteil des autonomen Selbstverständnisses und wird zumeist aus örtlichen, unstrukturier-



ten, eher unverbindlichen Szenen (**nicht** Gruppen) heraus verübt.

1996 hat die Zahl der Gewalttaten<sup>6</sup> (6) aus diesem Spektrum sehr deutlich abgenommen, nachdem 1995 (21) im Vergleich zum vorangegangenen Jahr (14) eine Steigerung registriert werden mußte. (Bund gesamt: 654/1995: 572) Mit einer nicht näher verifizierbaren Dunkelziffer – insbesondere bei Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten – sollte allerdings gerechnet werden. Beide Gruppierungen zeigen erfahrungsgemäß entsprechende Gewalttaten nicht (immer) den Sicherheitsbehörden an. Sie „rächen“ die jeweiligen „Opfer“ ohne „Einschaltung“ des „verhaßten Bullenstaates“.

Mit 25 linksextremistisch motivierten Straftaten<sup>7</sup> ist im Vergleich zum Vorjahr (46 Straftaten) ebenso wie bei den gesondert erfaßten Gewalttaten ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

■ Im Land sind weiterhin etwa 200 Personen (bundesweit sind es mehr als 7.000) der Autonomenzene zuzurechnen, von denen ca. 50 Angehörige den sogenannten „harten Kern“ bilden. Dazu kommt noch ein linksextremistisches Umfeld aus der (Punk-)Szene, welches zahlenmäßig allerdings nur schwer eingrenzbar ist. Anlaßbezogen können jedoch offenbar deutlich mehr Personen mobilisiert werden. Anläßlich einer bundesweit, vorwiegend in linksextremistischen Medien für Grevesmühlen angekündigten und vom Landkreis verbotenen „antifaschistischen und antirassistischen“ Demonstration sind am 31.8.1996 insgesamt 321 Personen festgenommen worden. Von

diesen in Gewahrsam genommenen Demonstrationsteilnehmern kamen 46 Personen aus Mecklenburg-Vorpommern, die Mehrzahl aus der Region um Wismar herum. Bemerkenswert ist, daß sich anlaßbezogen eine Vielzahl von Personen aus der Region zu derartigen – **verbotenen** – Veranstaltungen trotz eines **gewaltorientiert** formulierten **Demonstrationsaufrufes** („Den Tätern auf die Pelle rücken“) motivieren ließ. Als Anlaß für die Demonstration wurden der Brandanschlag auf das Flüchtlingswohnheim in Lübeck am 18.1.1996 und das damit verbundene Verfahren gegen Safwan Eid genannt. Die Organisatoren vermuteten die Täter in Grevesmühlen.

<sup>6</sup> Als Gewalttaten werden alle Straftaten bezeichnet, die sich gegen Leib und Leben von Personen richten bzw. hohen materiellen Schaden zur Folge haben.

<sup>7</sup> Lt. kriminalstatistischer Erfassung durch das Landeskriminalamt MV, die ggf. noch durch Nachermittlungen korrigiert werden könnte.

### 2.3.1 Überregionale Aktivitäten

■ Auch 1996 konnten überregionale Kontakte, Verbindungen und Aktivitäten der linksautonomen Szene des Landes verzeichnet werden. So wurden u.a. im Mai 1996 mehrere Personen aus Mecklenburg-Vorpommern in Gorleben wegen Widerstands im Zusammenhang mit den CASTOR-Transporten von der Polizei in Gewahrsam genommen.

In zahlreichen Aufrufen der vergangenen Monate verknüpfte die linksautonome Szene die Entscheidung auch über weitere CASTOR-Transporte mit dem für März 1997

angekündigten Transport. Entsprechend massiv waren z.T. auch die Mobilisierungsaufrufe gefaßt.

Bundesweit stand 1996 nahezu die Hälfte der linksextremistisch motivierten Gewalttaten im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die „CASTOR“-Transporte.

Es bleibt abzuwarten, ob Mobilisierungen in diesem Rahmen im Land eine ähnliche Resonanz erreichen wie dies mit dem (selbst interpretierten) Thema „Antifa“ in der linksextremistischen Szene gelungen ist. Der Bau der A 20 und die damit zusammenhängenden kontroversen Diskussionen im linksextremistischen Lager hatten bisher zu keinen nennenswerten Mobilisierungserfolgen geführt.

### 2.3.2 Linksextremistische Medien

#### Mailboxen:

■ Moderne Kommunikationssysteme werden von Linksextremisten im allgemeinen und Autonomen im speziellen zur szeneeinternen Agitation und Mobilisierung genutzt. Beispiel ist das Mailboxsystem „Spinnennetz“. Dieses System ermöglicht Dialoge mit anderen Personen und Gruppierungen mit linksextremistischem Hintergrund in mehreren europäischen Ländern und den USA.

#### Autonomenschriften:

■ Im Jahre 1996 erschienen zwei Auflagen der Autonomenschrift „in ALLERhand“ aus Neubranden-



burg, nachdem 1995 nur eine Sonderausgabe erschienen war. Damit konnte wiederum nicht die angestrebte Auflagenkontinuität erreicht werden.

### Infoläden:

■ Als kommunikative Anlaufpunkte dienen sogenannte „Infoläden“, z.B. in Rostock und in Neubrandenburg. Auch das „Alternative Jugendzentrum“ (JAZ) in Rostock und AJZ in Greifswald, beliebte Anlaufstellen für zahlreiche ortsansässige Jugendliche, sind von linksextremistischen, militanten Autonomen für deren Zusammenkünfte genutzt worden.

### Ermittlungsausschüsse:

■ Bei „Problemen“ mit der Polizei (Festnahmen, Vernehmungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, usw.) stehen von der linksextremistischen Szene ausgewählte Juristen den Betroffenen zumeist telefonisch zur Verfügung, gewährleisten Rechtsberatung und vermitteln bei Bedarf Anwälte. Es liegen Hinweise darauf vor, daß sich ein örtlicher Ausschuß auch in Mecklenburg-Vorpommern etabliert hat.

### 2.4

#### **Revolutionäre Marxisten/ Orthodoxe Kommunisten**

■ Mecklenburg-Vorpommern war auch 1996 durch das Wirken von revolutionären Marxisten/orthodoxen Kommunisten in keiner Weise gefährdet, wenngleich verschiedene Gruppierungen diverse Aktivitäten entfalteten. Die folgenden Organisationen bzw. Personenzusammenschlüsse haben den Willen zur Überwindung der herrschenden Gesellschaftsform unter revolutionären Klassenkampfbedingungen. Dabei wird – je nach politischem Standort in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung – auf die Lehren von MARX, ENGELS und LENIN Bezug genommen. Dazu kann das Bekenntnis zu anderen „Klassikern“ wie STALIN, Mao TSE-TUNG oder TROTZKI kommen. Trotz vereinzelter Deklarationen zur Zusammenarbeit ist diese – vor allem wegen mangelnder politisch-ideologischer Affinitäten – zwischen den Gruppierungen bisher weitestgehend ausgeblieben.

#### **„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)**

■ Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD; Mitglieder bundesweit: 2.700) ist in Mecklenburg-Vorpommern mit mehreren Ortsgruppen (u.a. Rostock, Wismar, Güstrow, Sassnitz) mit ca. 20 Mitgliedern vertreten. Es mehrten sich die Anzeichen, daß die Bedeutung des nordöstlichen Landesverbandes zunehmend schwindet. Die „Vulkan“-Werftenkrise nahm die MLPD zum Anlaß einschlägiger Agitation. So führte sie auf der Ro-

stocker Kvaerner-Werft eine „Umfrage“ durch und verteilte bei der Neptun-Industrietechnik Flugblätter. Außerdem formulierten die MLPD-Landesverbände Nord und Mecklenburg-Vorpommern eine Erklärung, in der u.a. ein gemeinsamer „Kampf der Belegschaften in Ost und West“ gefordert wird. Zum 1. Mai führte die MLPD Veranstaltungen in Waren und auf Rügen durch. Zu Waren verlautete, man habe den 1. Mai „mit einer wesentlich größeren Initiative“ vorbereitet als im Jahr zuvor. Auf Rügen, wo eine Kundgebung mit 500 bis 600 Teilnehmern stattgefunden haben soll, dürfte die MLPD allgemein demonstrative Aktivitäten für eigene – agitatorische – Zwecke genutzt haben.

■ Auch 1996 führte die MLPD in Alt Schwerin am Plauer See ihr alljährliches Jugendsommerlager durch. Diesen „Sommercamps“ des MLPD-Jugendverbandes REBELL (einschließlich der Kindergruppe „Rotfuchs“) kommt nahezu ausschließlich überregionale Bedeutung zu, wenngleich REBELL-Gruppen u.a. in Neubrandenburg, Malchow, Güstrow und Rostock bestehen. Zu den vom 13. Juli bis 24. August andauernden Freizeitlegern unter dem Motto „Wir nehmen unsere Zukunft selber in die Hand – Rebellion ist gerechtfertigt“ wurden auch „internationale Gäste“ aus Frankreich, Norwegen, den Philippinen und Zaire erwartet. Allerdings zeigte sich die MLPD selbst unzufrieden mit der Vorbereitung und Organisation des Camps durch die REBELL-Verbandsleitung. Kleinbürgerlicher Führungsstil, mangelndes proletarisches Profil und Funktionärsdünkel habe, so heißt



es, die Loslösung des REBELL von der ideologisch-politischen Führung der MLPD bewirkt und einen Erfolg des Sommercamps verhindert. Erst durch das Eingreifen von MLPD-Funktionären hätten die Auseinandersetzungen begrenzt werden können; es seien „13 Thesen“ erarbeitet worden, um den Jugendverband wieder auf Parteikurs zu bringen. Später räumte die MLPD eigene Fehler in der „Erziehungsarbeit“ gegenüber REBELL ein.

### „Kommunistische Partei Deutschlands“-Ost (KPD-Ost)

■ Im Herbst 1996 ist offenbar das Führungspersonal der hiesigen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (-Ost) zur im April neu gegründeten DKP (vgl. nächsten Abschnitt) gewechselt. So fungiert als leitender Redakteur der seit November herausgegebenen DKP-Landeszeitung „Argumente“ ein früherer KPD(-Ost)-Aktivist. Für das Layout zeichnet der ehemalige Chefredakteur des KPD(-Ost)-Zentralorgans „Die Rote Fahne“ verantwortlich. Zudem wird in „Die Rote Fahne“ seit Oktober 1996 keine Landesorganisation Mecklenburg-Vorpommern – die ihren Sitz erst im Frühjahr von Rostock nach Teterow verlegt hatte – mehr ausgewiesen. Bei der noch existenten „KPD Schwerin“ dürfte es sich um einen minimalen Restbestand der Organisation handeln.

### „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

■ Seit dem 15. April 1996 gibt es formalisierte Aktivitäten der – seit 1968 in den Alt-Bundesländern existierenden und bis 1989 am „realen“ Sozialismus-Modell der KPdSU/SED orientierten – „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP; Mitglieder bundesweit: über 6.250) in Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Ortsgruppe Rostock, die nur wenige Mitglieder zählt, entfaltet – publizistisch begleitet von der DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“ – während des Beobachtungszeitraumes zahlreiche Aktivitäten im Land. Eigenangaben zufolge konnte die DKP im Oktober neue „Mitgliedergruppen“ in Neubrandenburg und Teterow und im November in Greifswald bilden. Abgesehen davon und von der weitgehenden „Übernahme“ der KPD(-Ost) (vgl. den entsprechenden Abschnitt) dürfte die DKP aber keine massenwirksamen Mobilisierungserfolge erzielt haben.

■ An der Gründungsversammlung und anschließenden Informationsveranstaltung der Ortsgruppe in Rostock nahmen eigenen Angaben zufolge – neben dem DKP-Bundesvorsitzenden Heinz STEHR – auch Vertreter der linksextremistischen KPF und der SAV teil (vgl. zu diesen Organisationen die entsprechenden Abschnitte), die „die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns und gemeinsamer Organisation“ unterstrichen haben sollen. Bei einem Infostand im April seien in Rostock Fragen zu Meinung und Haltung der DKP zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern gestellt

und kritische Bemerkungen zur Politik der PDS-Führung gemacht worden. Im Sommer hat die Partei nach eigenen Angaben ihre Aktivitäten u.a. nach Neubrandenburg ausgedehnt. In der Schweriner Innenstadt machte die DKP am 9. August 1996 durch einen Infostand auf sich aufmerksam; am 22. August soll eine weitere Informationsveranstaltung unter Beteiligung von Heinz STEHR in der Landeshauptstadt stattgefunden haben. Spätestens seit dem Herbst publiziert die Rostocker DKP-Ortsgruppe anlaß- und themenbezogenen Informationsblätter unter dem Titel „Standpunkt“; im November erschien die erste Nummer einer vier Seiten starken Zeitung „Argumente“. Diese berichtete in ihrer dritten Ausgabe (Dezember 1996) von einem Treffen kommunistischer Gruppen in Rostock, um „die Möglichkeiten eines stärkeren Zusammenwirkens zu beraten“.

### „Kommunistische Plattform“ (KPF) der PDS

■ Aktivitäten der orthodox-kommunistisch ausgerichteten „Kommunistischen Plattform“ (KPF; Mitglieder Land: eigenen Angaben zufolge 24/bundesweit: ca. 5.000) der PDS konnten während des Berichtszeitraumes nur in geringem Maße festgestellt werden. Trotzdem wurden auf der 7. KPF-Bundeskonferenz am 23. März 1996 in Berlin zwei Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern in den 19 Mitglieder starken Bundeskoordinierungsrat gewählt.



### „AG Junge GenossInnen Schwerin e.V.“/ „Junge GenossInnen Rostock“

■ Im Gegensatz zur Bundesorganisation der „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS“ (AG JG) – die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft wird – gibt es in Mecklenburg-Vorpommern keinen zusammenhängenden, landesweit agierenden Verband, sondern lediglich einzelne Zusammenschlüsse in voneinander abweichenden Organisationsvarianten. Bekannt sind hier die „AG Junge GenossInnen Schwerin e.V.“ und die „Junge GenossInnen Rostock“.

■ Der „Prüffall“ „AG Junge GenossInnen Schwerin e.V.“ konnte mit dem Jahr 1996 abgeschlossen werden. Die zielgerichtete offene Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen erbrachten hinsichtlich dieser Gruppierung keine weiteren Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen.

■ Die „Junge GenossInnen Rostock“ sind bis ins Jahr 1997 zunächst als „Prüffall“ weitergeführt worden. Die Gruppierung legt vor allem Wert auf ideologisch-theoretisches (linksextremistisches) Bekannertum. So sollen z.B. die (vermeintlich) reformerischen Ausführungen des PDS-Vorsitzenden Helmut HOLTER auf dem PDS-Parteitag am 3./4. Februar 1996 in Stralsund bei Vertretern der „Junge GenossInnen Rostock“ auf Widerspruch gestoßen sein. Wenn die PDS regierungsfähig gemacht würde, so habe es geheißen, gebe sie ihr Selbstverständnis als systemkritische Opposition auf. Wegen weitestgehender Inaktivität sind im Februar 1997 auch der „Prüffall“ „Junge GenossInnen Rostock“ abgeschlossen und die offene Sammlung und Auswertung von Erkenntnissen eingestellt worden.

### „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV)/ „Jugend Offensive/JRE“ (JO/JRE) und „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG)

■ Die trotzkistische „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV; Land: Einzelmitglieder; Bund: ca. 400) ist in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Ortsgruppe in Rostock vertreten. Dort macht sie bisweilen durch Infostände und Plakate in der Innenstadt auf sich aufmerksam. Am 18. Mai 1996 veranstaltete die SAV eine Demonstration gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau mit anschließender „Schwarzfahrerfete“. Registrierbare Erfolge erzielte die SAV mit ihren Aktionen nicht. Die SAV-gesteuerte Gruppierung „Jugend gegen Rassismus in Europa“ gab sich auf einer Bundeskonferenz im März in Köln den Namen „Jugend Offensive/JRE“ (JO/JRE). Die Rostocker Ortsgruppe – von der keine Außenwirkung ausgeht – dürfte diese Namensänderung nachvollzogen haben.

■ Von der trotzkistischen „Sozialistischen Arbeitergruppe“ (SAG), deren Bundesorganisation weiterhin existent ist, waren im Jahre 1996 keine außenwirksamen Aktivitäten feststellbar.



■ Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern waren 1996 im Land nicht zu verzeichnen. Beobachtet werden konnte jedoch, daß ausländische Organisationen, die bisher weitgehend in anderen Bundesländern aufgetreten sind, zunehmend versuchen, auch in Mecklenburg-Vorpommern Aktivitäten zu entfalten.

Folgende Organisationen zählen dazu:

#### „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

■ Die PKK, gegründet als marxistisch-leninistische Kaderpartei, führt seit 1984 in der Türkei einen Guerillakampf. Ihr Ziel ist die Schaffung eines autonomen kurdischen Gebietes innerhalb der Türkei. Mittlerweile unterhält die Partei, deren Gründer und Vorsitzender Abdullah ÖCALAN ist, auch Strukturen im nahöstlichen Raum (z.B. Ausbildungslager für ihre 8.000-10.000 Kämpfer umfassende „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ [ARGK] im Libanon) und in mehreren europäischen Staaten, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit verfügt die PKK über ca. 9.000 Mitglieder, die Zahl der zu mobilisierenden Sympathisanten wird auf etwa 50.000 Kurden geschätzt. Nachdem in verschiedenen Bundesländern terroristisch geprägte Gewaltaktionen der PKK verstärkt zunahmen, wurde sie 1993 vom Bundesinnenminister verboten. Die Anfang 1996 von ÖCALAN ausgesprochenen massiven Drohungen gegen die Bundesrepublik dürften mitursächlich für die Aggressivität und Gewaltbereitschaft der PKK-Anhänger bei Demonstrationen am 9. März 1996 in

Bonn und am 16. März 1996 in Dortmund gewesen sein. Auch in MV sind bereits mehrere Sachverhalte (u.a. Schutzgelderpressungen) bekannt geworden, die in Zusammenhang mit Aktivitäten der PKK gestellt werden können.

#### „Islamische Heilsfront“ (FIS)/ „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA)

■ Die algerische extremistische „Islamische Heilsfront“ (FIS), einst sogar als fundamentalistische Partei zugelassen, wurde 1992 von der algerischen Regierung verboten. Ihr Hauptziel ist es, den islamischen Widerstand – auch gewaltsam – gegen die algerische Regierung, vor allem gegen Vertreter des Staates, zu führen. Algerische Islamisten, die sich in Deutschland aufhalten, leisten sowohl auf politischer als auch auf logistischer Ebene Unterstützung für die FIS im Heimatland.

■ Die weitgehend autonome „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA) hat sich ebenfalls dem gewaltsamen Kampf gegen die algerische Regierung verschrieben, um ein islamistisches System<sup>8</sup> errichten zu können. Zu diesem Zweck zielt die GIA unter anderem mit spektakulären Morden an Ausländern in Algerien auf eine Isolation der Regierung. 1996 drohte sie allen politischen Kräften ihren Kampf an, die mit der algerischen Regierung Verhandlungen führen würden.

In Deutschland leben schätzungsweise 150 - 200 Anhänger der FIS und der GIA, die überwiegend in informelle Strukturen der Organisationen eingebunden sind.

<sup>8</sup> Unter „Islamismus“ wird eine der vielfältigen Erscheinungsformen des Islam verstanden, der im wesentlichen zwei Ziele verfolgt:

- innerhalb der Gesellschaft sollen die islamischen Gesetze (shari'a) zur Anwendung kommen, z.B. die aus westlicher Sicht grausame Strafrechtspflege oder die Verhüllungspflicht von Frauen und
- nach außen soll eine islamische Propaganda und Missionierung (do'wa) durchgeführt werden.

Die Durchsetzung dieser Ziele wird notfalls mit Waffengewalt erzwungen. Der Islamismus betreibt bewußt die Beseitigung aller westlichen Rechtskonstruktionen und strebt die Einheit von Staat und Religion an.

#### „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS)

■ Eine der aktivsten islamistisch-extremistischen Ausländerorganisationen aus dem nah- und mittelöstlichen Raum ist die „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS). Sie gehört zu den gewaltbefürwortenden Kräften, deren Ziel unter anderem die Vernichtung des Staates Israel ist. An dessen Stelle soll ein islamischer Staat in ganz Palästina, der auch Israel in den Grenzen von 1948 einschließt, treten. Um dies zu erreichen, kämpft sie mit terroristischen Mitteln gegen Israel und politisch gegen den Alleinvertretungsanspruch Yassir Arafats.

■ In Deutschland ist HAMAS durch den „Islamischen Bund Palästina“ (IBP) vertreten, dem ca. 70 Mitglieder angehören. Zu den Aufgaben der im Bundesgebiet bzw. in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Anhängern gehören agitatorisch-propagandistische Tätigkeiten (intensive Öffentlichkeitsarbeit). Aber auch die Beschaffung von Finanzmitteln ist nicht auszuschließen.



■ Nach der Wiedervereinigung und Erlangung der vollen Souveränität Deutschlands sowie der Auflösung des Ostblocks und seiner kommunistischen Systeme haben sich die Bedrohungslage durch Spionage fremder Mächte und die Spionagefälle in qualitativer und quantitativer Hinsicht grundlegend verändert. Als Folge davon ist die Zahl von Erkenntnisfällen gegenüber den Zeiten des kalten Krieges – als Konsequenz der teilweisen bzw. überwiegenden Demokratisierung der ehemaligen Ostblockstaaten – zwangsläufig zurückgegangen und hat zu einem Personalabbau der Spionageabwehr von Bund und Ländern geführt. Auf der anderen Seite ist eine zunehmende Vermischung von Spionageaktivitäten und kriminellen bis hin zu mafiosen Aktivitäten festzustellen. Nicht zu vergessen ist aber auch die Spionage westlicher Dienste, an denen Aufklärungsinteresse besteht.

Nach Abarbeitung der „Spionage-Altlasten“ insbesondere der ehemaligen DDR-Geheimdienste hat dies zu einer Neubestimmung der Spionageabwehr geführt. Primäre und angestammte Aufgabe der Abwehr sind die künftig wieder viel Zeit und Geduld erfordernde Aufklärung von Strukturen, Personal und Arbeitsweise der gegnerischen Nachrichtendienste und die Fertigung von Analysen; allenfalls sekundär ist die Abwehrarbeit auf kurzfristige exekutive Zugriffe ausgerichtet.

Die Spionageabwehr der Bundesrepublik Deutschland hat sich damit auf das Niveau eingependelt, das für andere westliche Staaten schon bisher prägend und normal war.

Schwerpunkte der Spionageabwehr waren 1996 die Arbeit der russischen Nachrichtendienste, Aktivitäten von Staaten des nahen und mittleren Ostens und die Wirtschaftsspionage.

### Die Arbeit der russischen Nachrichtendienste

■ Nach wie vor stehen russische Dienste an der Spitze der Aufklärungsbemühungen gegen die Bundesrepublik Deutschland und somit auch gegen Mecklenburg-Vorpommern. Seit 1995 und verstärkt 1996 war zu beobachten, daß ihre Aktivitäten nach einer drei- bis vierjährigen Neustrukturierung zugenommen haben. Hervorgegangen aus dem früheren KGB ist beispielsweise der heutige Dienst **SWR**, der als russischer Aufklärungsdienst zu den aktivsten gehört. Es folgt der militärische Aufklärungsdienst **GRU**. Bei diesem Dienst wurde erkennbar, daß er sich schon lange nicht mehr ausschließlich mit militärischer Aufklärung befaßt. Sein Tätigkeitsgebiet ist allumfassend. Ein weiterer Dienst, der zwischenzeitlich auch auf dem Gebiet der offensiven (nach außen gerichteten) Spionage Fuß gefaßt hat, ist der Inlandsnachrichtendienst **FSB**. Neben seinem eigentlichen Zuständigkeitsgebiet, der inneren Sicherheit, ist er ebenfalls im Bereich der Auslandsaufklärung tätig. Spezialaufgaben auf dem Gebiet der Spionage kommen dem Nachrichtendienst für elektronische Aufklärung (**FAPSI**) zu, der auch als „Horchposten“ der Spionage Rußlands bezeichnet werden kann. Daß ein solcher Dienst bei den heutigen tech-

nischen Möglichkeiten auch über seine Staatsgrenzen hinaus Nachrichten sammelt, dürfte auf der Hand liegen.

### Nahe und mittlerer Osten

■ Große Probleme bereiten der Spionageabwehr die Staaten, die ihren politischen Einfluß in den jeweiligen Regionen durch militärische Aufrüstung geltend zu machen versuchen. Ihr Ziel ist es, sich Waffentechnologie zu verschaffen, um mit dem Rüstungspotential der Großmächte nicht nur im konventionellen strategischen Bereich, sondern auch bei den ABC-Waffen gleichzuziehen. Gemeint sind die sogenannten Krisenländer des Mittelmeerraumes und des vorderen Orients. Zunehmend ist zu beobachten, daß der staatlich gesteuerte Spionageapparat dieser Staaten versucht,

- militärisches Know-How zu erlangen, entsprechende Waffen oder Waffenteile zwecks Weiterbildung zu erwerben, wozu auch
- Güter gehören, die zur ABC-Waffenherstellung geeignet sind (Proliferation) und
- Personen anzuwerben, die bei der Herstellung und Weiterentwicklung solcher Waffen behilflich sein können.

Länder wie Libyen, Syrien oder der Irak und Iran stehen hier an erster Stelle.



## 4. SPIONAGEABWEHR

### Wirtschaftsspionage

■ In letzter Zeit sind bis zu tausend reichende Agentenzahlen und gewaltige Summen genannt worden, die der deutschen Wirtschaft durch Wirtschaftsspionage jährlich entstehen würden. Diese Meldungen in den Medien haben teilweise zu Verwirrungen geführt. Wichtig ist es zu unterscheiden, in welchen

Bereichen sich diese „Spionage“ abspielt. Zu trennen ist hierbei zwischen den Bereichen der betrieblichen Industriespionage und der staatlich gelenkten Spionage. Nur die Beobachtung der zuletzt genannten Aktivitäten gehört im Wirtschaftssektor zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden. Im Bereich der Wettbewerbspionage, die zum großen Teil von Kon-

zern zu Konzern erfolgt, sind sehr hohe materielle Schäden, auch in der genannten Größenordnung, durchaus denkbar. Für den Bereich der staatlich gelenkten Wirtschaftsspionage jedoch sind weder die Zahl der genannten Agenten noch die Höhe der genannten Schäden zutreffend. Voraussichtlich bleibt die Wirtschaftsspionage der Schwerpunkt geheimer Dienste.

## 5. VERFASSUNGSSCHUTZ DURCH AUFKLÄRUNG

### Informationsmaterialien

■ 1996 ist als „Neuling“ das Journal **VS-aktuell** erschienen, mit dem künftig mehrmals jährlich zweierlei geboten werden soll: aktuelle Berichterstattung über die Gefährdung durch politischen Extremismus und ein weitgeschlagener Informationsbogen rund um das Thema Verfassungsschutz. Es ist auch der Versuch, einen „offenen“ Dialog mit dem Leserkreis zu beginnen. Schwerpunktthemen der beiden ersten Ausgaben waren: Öffentlichkeitsarbeit (Nr. 1/96) und Rechtsextremismus (Nr. 2/96). Der Verfassungsschutzbericht 1995 des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde – erstmals in kurzer und prägnanter Form – als Beilage zum Journal **VS-aktuell** herausgegeben. Die Broschüre „Skinheads“ ist in einer überarbeiteten Fassung neu aufgelegt worden.

■ Diese Informationsmittel sind zu beziehen über das:

Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
- Pressestelle -  
Arsenal am Pfaffenteich  
19048 Schwerin

### Vortragsveranstaltungen/ Bürgerdraht

■ Öffentlichkeitsarbeit in Form von Vortrag und Diskussion ist ein weiterer Schwerpunkt. Die vom Verfassungsschutz angebotenen Vortragsveranstaltungen wurden auch 1996 – vor allem von Schulklassen (insgesamt 54) des Landes – rege in Anspruch genommen.

■ Wer dieses Angebot wahrnehmen möchte, kann die Verfassungsschutzabteilung erreichen über die **Telefon-Nr.: (03 85) 71 44 37**.

■ Unter dieser Nummer können auch Informationsmaterialien bezogen oder Fragen zum Thema Verfassungsschutz gestellt werden.

### Ausstellung

#### „Demokratie – aber sicher“

■ Die gemeinsame Wanderausstellung der Innenministerien der neuen Länder „Demokratie – aber sicher!“ wurde zum dritten Mal im Land vom 05. bis 16. August 1996 im **Landesinstitut für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.)**, Studienseminar **Stralsund** präsentiert. Dem Besucher werden Informationen zu demokratischen Grundwerten und Gefahren durch den politischen Extremismus sowie zum Verfassungsschutz vermittelt.

Insgesamt besuchten ca. 350 Personen die Ausstellung, darunter Klassen verschiedener Stralsunder Schulen, Lehrkräfte, Referendare sowie andere interessierte Mitbürger. Vor allem in der zweiten Präsentationswoche nutzten Schüler und Lehrer die angebotenen Diskussions- und Vortragsrunden, um mit „Verfassungsschützern“ ins Gespräch zu kommen.



### FAIRSTÄNDNIS-Kampagne

■ Die Kampagne „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“ ist 1993 von den Innenministern von Bund und Ländern initiiert worden. Gerade junge Menschen sollen über das Entstehen, die Hintergründe und das Ausmaß von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus informiert werden. 1996 sind folgende Materialien herausgegeben worden:

### ■ SCHÜLERHEFT „basta! Nein zur Gewalt“

■ PC - SPIEL  
„IM NETZWERK GEFANGEN -  
Dunkle Schatten 2“  
(für PC ab 486er, 8 MB RAM,  
DOS 5.0 oder höher, CD-ROM-  
Laufwerk und SB-kompatible  
Soundkarte)

■ Bezugsadresse:

Bundesministerium des Innern  
Referat – IS 7 –  
Graurheindorfer Str. 198  
53117 Bonn

oder in begrenztem Umfang  
auch über das  
Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern.

Herausgeber:  
Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
Arsenal am Pfaffenteich  
19048 Schwerin

Gestaltung & Satz:  
Cicero Werbeagentur, Rostock

Druck:  
Offset Druck Rostock GmbH